

Satzung der Gemeinde Krogaspe über die Erhebung der Hundesteuer

Inhalt:

Satzung vom 15.11.2002, veröffentlicht im Bekanntmachungsblatt Nr. 47 vom 23.11.2002
1. Änderung vom 2.3.2009, veröffentlicht im Bekanntmachungsblatt Nr. 27 vom 4.7.2009

Vorgeschichte:

Satzung vom 16.12.1970, veröffentlicht durch Aushang vom 16.12.70
1. Änderung vom 4.2.77, veröffentlicht im Bekanntmachungsblatt Nr. vom 4.2.77
2. Änderung vom 12.12.83, veröffentlicht im Bekanntmachungsblatt Nr. 50 vom 17.12.83
Verlängerung der Geltungsdauer vom 7.11.96, veröffentlicht im Bekanntmachungsblatt Nr. 47 vom 23.11.96

Aufgrund des § 4 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein i. d. F. vom 28.2.2003 (GVOBl. Schleswig-Holstein, S. 57) und der §§ 1, 2, 3 und 18 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Schleswig-Holstein i. d. F. vom 10.01.2005 (GVOBl. Schleswig-Holstein, S. 27), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 20.07.2007 (GVOBl. S.362) wird nach der Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom 23.02.2009 folgende 1. Nachtragssatzung zur Hundesteuersatzung der Gemeinde Krogaspe vom 15.11.2002 erlassen:

I. Abschnitt Steuerpflicht

§ 1 - Gegenstand der Hundesteuer

(2) Der Steuer unterliegt das Halten von mehr als drei Monate alten Hunden im Gemeindegebiet.

(3) Wird ein Hund gleichzeitig in mehreren Gemeinden im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gehalten, so ist die Gemeinde steuerberechtigt, in der der Hund überwiegend gehalten wird.

§ 2 - Steuerschuldner, Haftung

(1) Steuerschuldner und Steuerpflichtiger ist der Halter des Hundes. Halter eines Hundes ist, wer einen Hund für Zwecke seines persönlichen Lebensbedarfs oder den seiner Angehörigen (§ 15 AO) in seinen Haushalt aufgenommen hat. Ein zugelaufener Hund gilt als aufgenommen, wenn er nicht innerhalb von zwei Wochen bei der Gemeinde gemeldet und bei einer dieser bestimmten Stelle abgegeben wird.

(2) Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, es sei denn, er führt den Nachweis darüber, dass dieser Hund bereits in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland versteuert wird oder von der Steuer befreit ist. Die Steuerpflicht tritt unabhängig davon ein, wenn die Pflege, die Verwahrung, die Haltung auf Probe oder zum Anlernen etc. den Zeitraum von zwei Monaten überschreitet. Kann der Halter eines Hundes nicht ermittelt werden, so gilt als Hundehalter, wer den Hund wenigstens zwei Monate gepflegt, untergebracht oder auf Probe oder zum Anlernen gehalten hat.

(3) Alle in einem Haushalt gehaltenen Hunde gelten als von den Haushaltsmitgliedern gemeinsam gehalten.

(4) Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.

§ 3 - Entstehung und Ende der Steuerpflicht

(1) Die Steuerpflicht entsteht am ersten Tag des auf den Beginn der Hundehaltung folgenden Kalendermonats, frühestens jedoch mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Hund drei Monate alt wird. Der Nachweis darüber, dass der Hund noch nicht drei Monate alt ist, obliegt dem Steuerpflichtigen. Im Zweifel gilt der Hund als über drei Monate alt. Beginnt die Hundehaltung bereits mit dem ersten Tage eines Kalendermonats, so beginnt auch die Steuerpflicht mit diesem Tag.

(2) Die Steuerpflicht endet mit dem Ablauf des Kalendermonats, in dem die Hundehaltung aufgegeben oder beendet wird. § 9 Abs. 2 bleibt unberührt.

(3) Bei Zuzug eines Hundehalters aus einer anderen Gemeinde entsteht die Steuerpflicht mit dem Ersten des auf den Zuzug folgenden Monats. Bei Wegzug eines Hundehalters aus der Gemeinde endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Monats, in den der Wegzug fällt.

§ 4 - Erhebungszeitraum, Festsetzung und Fälligkeit der Steuer

(1) Die Steuer wird als Jahressteuer erhoben. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.

(2) Die Steuerschuld für das Kalenderjahr entsteht am 01.01. für jeden an diesem Tag im Gemeindegebiet gehaltenen über drei Monate alten Hund.

(3) Die Steuer wird durch Bescheid festgesetzt und ist erstmalig innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides für die zurückliegende Zeit, im Übrigen vierteljährlich am 15. 02., 15. 05., 15. 08. und 15. 11. zu je einem Viertel ihres Jahresbetrages fällig. Die Steuer kann für das ganze Gesamtjahr im Voraus entrichtet werden.

(4) Entsteht oder endet die Steuerpflicht im Laufe des Kalenderjahres, so ist die Steuer auf den der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag der Jahressteuer festzusetzen und einen Monat nach Bekanntgabe des Steuerbescheides fällig. Endet die Steuerpflicht im Laufe des Jahres (§ 3 Abs. 2) und war die Steuer bereits festgesetzt, so ist ein entsprechender Änderungsbescheid zu erlassen.

(5) Für diejenigen Steuerschuldner, die für das Kalenderjahr die gleiche Hundesteuer wie im Vorjahr zu entrichten haben, kann die Gemeinde die Hundesteuer durch öffentliche Bekanntmachung festsetzen. Für die Steuerschuldner treten mit dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung die gleichen Rechtswirkungen ein, als wenn ihnen an diesem Tage ein schriftlicher Steuerbescheid zugegangen wäre.

§ 5 - Steuersatz

(1) Die Hundesteuer beträgt im Kalenderjahr

- a) für den ersten Hund 25,00 Euro
- b) für den zweiten Hund 35,00 Euro
- c) für jeden weiteren Hund 45,00 Euro.

(2) Hunde, die von der Steuer nach Maßgabe des § 7 befreit sind, werden bei der Berechnung der zur Anwendung des Abs. 1 maßgeblichen Anzahl der Hunde nicht berücksichtigt. Hunde, für die eine Ermäßigung nach § 8 gewährt wird, gelten als erste Hunde.

II. Abschnitt
Steuervergünstigungen

§ 6 - Allgemeine Voraussetzungen für Steuerbefreiung und Steuerermäßigung (Steuervergünstigungen)

(1) Für die Gewährung einer Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung nach den §§ 7 oder 8 (Steuervergünstigungen) sind die Verhältnisse zu Beginn des Kalenderjahres, in den Fällen des § 3 Abs. 1 und Abs. 3 diejenigen bei Beginn der Steuerpflicht maßgeblich.

(2) Die Steuervergünstigung wird nur gewährt, wenn

- a) der Hund für den angegebenen Verwendungszweck geeignet ist,
- b) der Halter des Hundes in den letzten fünf Jahren nicht rechtskräftig wegen Tierquälerei bestraft worden ist,
- c) für den Hund geeigneter, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechender Unterkunftsraum vorhanden ist, und
- d) in den Fällen des § 7 Abs. 2 Nr. 2 die geforderte Prüfung innerhalb von zwölf Monaten vor dem in Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkt von dem Hund mit Erfolg abgelegt wurde.

(3) Anträge auf Gewährung einer Steuervergünstigung sollen bis zum Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides gestellt werden.

§ 7 - Steuerfreiheit, Steuerbefreiung

(1) Personen, die sich nicht länger als zwei Monate in der Gemeinde aufhalten, sind für die Hunde, die sie bereits bei ihrer Ankunft gehalten haben, dann von der Hundesteuer befreit, wenn sie nachweisen, dass die Hunde in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden oder dort von der Steuer befreit sind.

(2) Auf schriftlichen Antrag wird Steuerbefreiung gewährt für das Halten eines Hundes, der für den Schutz oder die Hilfe Blinder, Tauber oder sonst hilfsbedürftiger Personen unentbehrlich ist. Sonst hilfsbedürftig sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkzeichen "B", "BL", "aG" oder "H" besitzen; die Steuerbefreiung kann von der Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden.

§ 8 - Steuermäßigung

(1) Die Steuer kann auf Antrag des Steuerpflichtigen auf die Hälfte des Steuersatzes nach § 5 ermäßigt werden für einen Hund,

- a) der zur Bewachung von bewohnten Gebäuden gehalten wird, die von dem nächsten Gebäude mehr als 300 m Luftlinie entfernt liegen,
- b) der von bestätigten Jagdaufsehern oder von Jagdausübungsberechtigten im Sinne des Bundesjagdgesetzes gehalten wird (Jagdgebrauchshund), eine Jagdeignungsprüfung abgelegt hat und nachweislich jagdlich verwendet wird,
- c) Hunde, die als Melde-, Sanitäts- oder Schutzhunde verwendet werden und die dafür vorgesehene Prüfung vor Leistungsprüfern eines von der Gemeinde oder vom Amt Norrtorf-Land anerkannten Vereins oder Verbandes mit Erfolg abgelegt haben; die Ablegung der Prüfung ist durch das Vorlegen eines Prüfungszeugnisses nachzuweisen und die Verwendung des Hundes in geeigneter Weise glaubhaft zu machen. Die Anerkennung des Vereins oder Verbandes erfolgt auf Antrag, wenn glaubhaft gemacht wird, dass die antragstellende Vereinigung über hinreichende Sachkunde und Zuverlässigkeit für die Durchführung der Leistungsprüfung verfügt.

(2) Empfängern von laufenden Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII kann die Steuer auf schriftlichen Antrag auf die Hälfte des Steuersatzes nach Absatz 1 ermäßigt werden.

III. Abschnitt
Schlussvorschriften

§ 9 - Anzeige- und Meldepflichten

(1) Der Hundehalter ist verpflichtet, einen Hund innerhalb von zwei Wochen nach Beginn der Haltung oder - wenn der Hund von einer ihm gehörenden Hündin geworfen ist - innerhalb von zwei Wochen, nachdem der Hund drei Monate alt geworden ist, unter Angabe der Hunderasse schriftlich anzumelden. In den Fällen des § 2 Abs. 2 muss die Anmeldung innerhalb von zwei Wochen nach dem Tag, an dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist, und in den Fällen des § 3 Abs. 3 innerhalb der ersten zwei Wochen

des auf den Zuzug folgenden Monats erfolgen.

(2) Endet die Hundehaltung oder entfallen die Voraussetzungen für eine gewährte Steuer-
vergünstigung, so ist dies der Gemeinde innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen.

(3) Wird ein Hund an eine andere Person entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben, so
sind bei der Abmeldung nach Abs. 2 der Name und die Anschrift dieser Person anzuge-
ben.

§ 10 - Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften

Hundehalter sind verpflichtet, dem Beauftragten der Gemeinde auf Nachfrage über die auf
dem Grundstück oder im Haushalt gehaltenen Hunde und deren Alter wahrheitsgemäß
Auskunft zu erteilen (§ 11 KAG. i. V. m. § 93 AO).

§ 11 - Verarbeitung personenbezogener Daten

(1) Die Gemeinde ist berechtigt, auf der Grundlage von Angaben der Steuerpflichtigen, ei-
genen Ermittlungen und von nach Absatz 2 anfallenden Daten ein Verzeichnis der Steuer-
pflichtigen mit den für die Steuererhebung nach dieser Satzung erforderlichen Daten zu
führen und diese Daten zum Zwecke der Steuererhebung nach dieser Satzung zu verwen-
den und weiterzuverarbeiten.

(2) Zur Ermittlung der Steuerpflichtigen und zur Festsetzung der Steuer im Rahmen der
Veranlagung nach dieser Satzung ist die Verwendung der erforderlichen personenbezoge-
nen Daten, die beim örtlichen Tierschutzverein, beim Ordnungsamt bzw. bei der Polizei
vorhanden sowie aus Hundesteuerkontrollmitteilungen anderer Gemeinden bekannt ge-
worden sind, durch die Gemeinde gem. §§ 11, 13 Landesdatenschutzgesetz) zulässig. Die
Gemeinde darf sich diese Daten von den genannten Stellen und Ämtern übermitteln las-
sen und zum Zwecke der Steuererhebung nach dieser Satzung weiterverarbeiten.

§ 12 - Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig als Hundehalter,

- a) entgegen § 9 Abs. 2 den Wegfall der Voraussetzungen für eine Steuervergünsti-
gung nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt,
- b) entgegen § 9 Abs. 1 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig anmeldet,
- c) entgegen § 9 Abs. 2 und 3 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig abmeldet,
- d) entgegen § 10 nicht wahrheitsgemäß Auskunft erteilt.

(2) Zuwiderhandlungen nach Absatz 1 können mit einer Geldbuße bis zu 511,29 Euro ge-
ahndet werden.

§ 13 - Inkrafttreten

Diese 1. Nachtragssatzung tritt am 1.1.2010 in Kraft. Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Hundesteuersatzung in der unter Berücksichtigung dieser Nachtragssatzung geltenden Fassung auszufertigen und bekannt zu machen.

Krogaspe, den 02. März 2009
Gemeinde Krogaspe
Der Bürgermeister